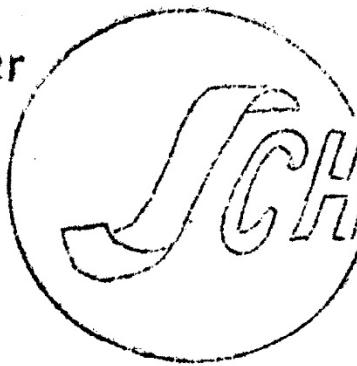


Der



# SCHRACKARBEITER

Organ demokratischer Gewerkschafter

Nr. 32

## Erklärung zur Neuwahl des Betriebsrates.

Unser Betriebsrat hat beschlossen, die im heurigen Jahr fällige Betriebsratswahl vorzuverlegen.

Die Ursachen dieses Beschlusses sind den meisten Kolleginnen und Kollegen, wenn auch der Form so doch nicht dem tatsächlichen Inhalt nach bekannt. Indem wir uns als "Fraktion Demokratischer Gewerkschafter" der Kollegenschaft in jeder Hinsicht verpflichtet fühlen sachlich und wahrheitsgemäß zu berichten was ihre Interessen und Obliegenheiten betrifft, fühlen wir uns auch in diesem <sup>F</sup>alle verpflichtet, uns darüber zu erklären.

Die Ursache der Vorverlegung der Wahlen liegt darin, daß der Betriebsrat durch Zerwürfnisse innerhalb der SP Fraktion seine volle Arbeitsfähigkeit verloren hat. Wie bekannt besitzt die SP Fraktion im Betriebsrat die absolute Mehrheit und es wäre durch die Gruppenbildung Sibor-Boswald und ihre Differenzen jede fruchtbare Tätigkeit unmöglich geworden.

Wir hätten keinerlei Ursache uns in die Differenzen einer anderen Fraktion einzumengen, hätten diese nicht Formen angenommen, die letzten Endes alle Kolleginnen und Kollegen betreffen, somit auch uns.

Im Betriebsratsfonds wurde von der Kassierin Kolln. Sibor ein Fehlbetrag (rund 4600 S) festgestellt und dieser Betrag konnte bis heute weder durch die Kontrolle der Arbeiterkammer, noch durch die eigene Kontrolle noch von Kolln. Sibor oder Boswald erklärt werden. Natürlich hat es an gegenseitigen Beschuldigungen nicht gefehlt und natürlich wollte eigentlich niemand der Verantwortlichen, die Verantwortung vor der Kollegenschaft in der für einen Arbeiter einzigen, gangbaren Form tragen: Rücktritt von allen Funktionen bis zur restlosen Aufklärung! Und, dass die Verantwortung für diesen Fehlbetrag (wenn auch in der Hauptsache auf Kolln. Sibor als Kassierin) auch auf den Übmann Koll. Boswald, sowie auf die Kontrolle (Koll. Rehousek u. Jedlicka) fällt, ist selbstverständlich, denn sie wären verpflichtet gewesen monatliche Kontrollen durchzuführen, monatliche Berichte einzufordern. Aber das geschah nicht. Und es scheint uns, nur deswegen, weil alle Koll. von der SP Fraktion

sind und sie immer gegen durchgreifende Kontrollen waren. Sie standen zu mindest bis heute auf dem Standpunkt, man müsse den Funktionären, Betriebsräten einen Vertrauensvorschuß gewähren, man dürfe nicht mißtrauisch sein.

Wir haben diese Frage vor einiger Zeit im Schrack-Arbeiter unter dem Titel "Vertreten die Betriebsräte immer die Interessen der Kollegenschaft" aufgerollt und dort die Notwendigkeit der ständigen Kontrolle aufgezeigt, die von den kontrollierenden als Pflicht, vom kontrollierten aber als Ehre empfunden werden müßte. Ein Teil der SP-Betriebsräte hatte unsere Kritik und das Aufzeigen der Notwendigkeit der Kontrolle als Beleidigung empfunden und mit dem Gericht (!) gedroht. Heute wo der Beweis vorhanden ist, daß das Unterlassen der Kontrolle zu Mißwirtschaft und Mißkreditierung der Arbeiterfunktionäre führt, ist die Richtigkeit unserer Auffassung außer Zweifel.

Ein anderes Kapitel aber ist, wieso der Kontrollapparat nicht funktioniert, wieso Obmann, Kontrolle und Kassierin versagen konnten. Liegt dies nur in menschlichen Schwächen begründet? Liegt dies in dem Vertrauensvorschuß, den manche unbedingt als eine Notwendigkeit erachten?

Wir sind weder der einen noch der anderen Auffassung. Vielmehr sehen wir die Ursache darin, daß es sich hier um ein System handelt, das die Gefahr von selbstherrlichen Handlungen zwangsläufig einschließt. Wir sehen den Mangel an demokratischen funktionierenden Arbeiterinstitutionen, daher auch des Betriebsrates, als die Hauptursache an, daß es zu Fehlgriffen, Fehlmaßnahmen, Fehlentscheidungen kommen kann. Die Kontrolle jederzeit und ständig ausgeübt ist aber ein unabdingbarer Bestand der Arbeiterdemokratie.

Mit anderen Worten, die Gefahr von selbstherrlichen Handlungen besteht besonders dann, wenn entweder Oppositionen überhaupt ausgeschaltet, oder zahlenmäßig nur verschwindende Größen sind. Und so ähnlich war es auch bei uns im Betriebsrat. Die Überwiegende Mehrheit der SP-Fraktion und der undemokratische Fraktionszwang ließ die meisten Anregungen der Minorität unberücksichtigt und selbst dann, wenn es einmal gelang einen Beschuß durchzudrücken, wie beim Verhandlungskomitee, wurde dieser Beschuß *n i e m a l s* eingehalten.

Dies kann sich aber nur ändern, wenn die Kollegenschaft selbst ständig auf Kontrolle achtet und mit der Vertretung ihrer Interessen im Betriebsrat solche Kollegen betraut denen Kontrolle und ständige, umfassende Berichterstattung über ihre Tätigkeit selbstverständliches Bedürfnis ist.

Wir sind für diese Form der demokratischen Tätigkeit und dafür, daß Arbeiterfunktionäre in jeder Beziehung sauber und makellos sind. Wir treten für die jederzeitige Wahl und Absetzbarkeit der Arbeiterfunktionäre ein und dafür daß alle Tätigkeit des Betriebsrats ausschließlich nach Aufträgen und Beschlüssen der Kollegenschaft, der Betriebsversammlung, erfolge.

Deshalb begrüßen wir die vorzeitige Ausschreibung der Betriebsratswahlen. Wir erblicken in ihnen eine Möglichkeit für die Kolleginnen und Kollegen demokratisch zu entscheiden, ob sie für die Fortsetzung der bisherigen Zustände oder für eine Wendung zum Besseren sind.

BETRIEBSRATSKASSENGELDER FÜR SPEKULATIONSPAPIERE!  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

SP-BETRIEBSRÄTE GEGEN VERSTAATLICHUNG  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Die Kollegen Boswald, Misal und Genossen, brachten in der Feber - Sitzung den Antrag ein, der Betriebsrat solle 11.500 S für den Ankauf von "Volksaktien" im Nennwert von 10.000 S bereitstellen. Wir sind gegen diesen Antrag aufgetreten:

1. Anleihen, Aktien usw. sind Spekulationswerte. Betriebsratsgelder werden nicht zur Tätigung von Spekulationen eingeschoben. Ihr Verwendungszweck ist fest umrissen.
2. Wenn zuviel Geld in der BR Kasse sein sollte, dann soll man es sofort in irgendeiner Form an die Kollegen zurückgeben.

Es ist erstaunlich, daß gerade SP Räte so für die "Volksaktie" sind, ist doch der Hauptzweck der ganzen Aktion die Reprivatisierung der verstaatlichten Banken und Betriebe, letztendlich ihre Verschächerung an das ausländische Kapital. Die SP Räte meinten: Wenns unsere Führer für gut halten, so wird schon was dran sein. Mit 7 gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde der Kauf der Aktien von der Boswaldgruppe durchgesetzt.

oooooo

WOZU PASST MAN DEN BESCHLÜSSE ?  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Schon mehrmals mußten wir darauf hinweisen, daß es mit der Einhaltung von Beschlüssen sehr hapert.

In der letzten Sitzung mußten wir neuerlich einige Fälle aufzeigen. Seit vielen Monaten besteht ein Verhandlungskomitee. Dieses Komitee sollte dazu dienen, die Tätigkeit des Betriebsrates zu aktivieren und vor allem bestmöglichste Verhandlungsergebnisse zu erreichen. Kollege Boswald war von Haus aus gegen dieses Komitee, durch dessen Bestehen er sich offensichtlich in seiner Handlungsfreiheit beschränkt sah.

So ist es auch kein Wunder, daß dieses Komitee, obwohl nur mit seinen Parteifreunden besetzt, kein einziges Mal in Tätigkeit trat. Das Ergebnis ist, eine weitläufige Zersplitterung aller Aktionen. Bei dem letzten Versuch einer Lohnregulierung trat dies wieder besonders in Erscheinung.

Wir haben den Kollegen Boswald aufgefordert doch den Mut zu haben, klar und offen zu erklären, daß ihm dieses Komitee zuwider ist und seine Auflösung zu beantragen. Koll. Boswald verschanzte sich hinter der Behauptung alle angeführten Ereignisse seien so schnell eingetreten, daß eine Einberufung des Komitees nicht möglich gewesen sei. Eine Behauptung die sogar bei den Komiteemitgliedern ein Lächeln hervorrief.

Wir sind für ein Komitee, weil wir gegen jedes Selbstherrliche Vorgehen sind, sei es bei Ghruschtschow, Kadar oder auch nur bei Koll. Boswald. Für uns ist Demokratie nicht ein willkommener Aufputz für Sonntagsreden, woran sich auch die arteigebundenen noch gewöhnen müssen.

H I N U N D H E R  
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Zwei Tage vor der zur Wahl eines Wahlvorstandes einberufenen Versammlung wurde vom Koll.Boswald eine außerordentliche Sitzung anberaumt. Koll.Boswald machte die Mitteilung, daß seine Gruppe die sofortige Abhaltung von Neuwahlen nicht mehr dringend halte und doch erst im November gewählt werden solle. Als Grund wurde der drohende Abbau von 300 Kolleginnen und die Lohnforderungen angegeben.

Wir stellten uns hinter den in der ordentlichen Sitzung vom 5.III.57 gefassten Beschuß, der die sofortige Neuwahl des Betriebsrats festlegte. Wir begründeten dies folgend:

Es bestand die nahezu einhellige Auffassung, daß der gegenwärtige Betriebsrat Arbeitsunfähig sei. Diese Auffassung vertrat auch Koll.Boswald sowohl in der Betriebsversammlung im Februar, als auch in der Sitzung am 5. März. Die Betriebsräte beschlossen deshalb die Entscheidung in die Hände der Kollegenschaft zu legen, mit der Aufforderung für einen Arbeitsfähigen Betriebsrat zu sorgen. Diese Haltung wurde nach eingehenden Beratungen festgelegt. Seither ist kein Ereignis eingetreten welches die grundlegende Tatsache der Arbeitsunfähigkeit des Betriebsrates aus der Welt geschafft hätte. Sowohl der baldige Abbau von hunderten Kollegen, als auch die Auseinandersetzungen in der Lehnangelegenheit waren vor und bei Beschußfassung allen Beteiligten bekannt. Dies geht aus den Protokollen und auch aus einer Anfrage eines Kollegen in der Versammlung hervor. Dieser Kollege meinte, man solle die Kollegenschaft in dieser Situation nicht ohne Vertretung lassen. Damals erklärte Koll.Boswald richtig, diese Sorge sei unbegründet da der alte BR bis zur Konstituierung des neuen Betriebsrates im Amt bleibe. Es drängt sich also die Auffassung auf, die Gruppe Boswald fürchte das Urteil der Kollegenschaft.

Im Betriebsrat konnte der Antrag der Boswaldgruppe mit 6 (!) Stimmen durchgebracht werden, da sich leider allzu viele Räte der Stimme enthielten. Beachtliche Teile der Belegschaft fordern aber Neuwahlen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sich genügend Räte besinnen und die Beschlüsse vom 5.III. lautend auf sofortige Ausschreibung von Neuwahlen, wieder in Kraft setzen. Mit einem Arbeitsunfähigen Betriebsrat an die herandrängenden Probleme zu treten ist zumindest Leichtsinn.

Die Kollegenschaft hat wieder einmal das Wort!

EINE KLEINE ÄNDERUNG!

In der Betriebsratssitzung wurde berichtet, daß in Sachen Volksaktien eine kleine Änderung eintrat. Es wurden von der Zeichnungsstelle nur 7.000 S Nominale bewilligt. Die Gesamtausgabe beträgt also etwas über 8.000 S und nicht wie ursprünglich geplant 11.500 S. An unserer Grundsätzlichen Stellungnahme ändert dies nichts.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx  
Herausgegeben v.d.Fraktion Demokratischer Gewerkschafter. Verantw.Vögt F.BR